

Aquilla-Umfrage:

Offene Linke testete Bad-Zufriedenheit

Eine Kundenzufriedenheitsumfrage haben Vertreter der Ansbacher Offenen Linken jetzt am Aquella-Freizeitbad durchgeführt und dabei 126 Badegäste befragt. Die weitaus meisten empfanden dabei die Badpreise als (zu) teuer und sprachen sich für die Einführung eines „Sozialtickets“ aus.

Bei der an drei Tagen der vergangenen Woche durchgeführten Umfrage konnten die Badbesucher einen zehnteiligen Fragenkatalog zum Aquella-Service beantworten. Die aktu-

ellen Tarife des Bads wurden dabei von gut zwei Dritteln der Befragten (68,3 Prozent) als „(zu) teuer“ beurteilt. Lediglich 31,7 Prozent fanden die Preise „genau richtig“. Vor allem der Preis des Erwachsenentickets sei des Öfteren als „happig“ bezeichnet worden, so die Offene Linke in einer Pressemitteilung.

Auch für die Anregung der Stadtrats-Gruppierung, zusätzlich einen Zwei-Stunden-Tarif für Familien sowie einen Ein-Stunden-Tarif am Abend anzubieten, hätten sich Mehrheiten von 70,4 bzw. 60,3 Prozent ergeben. Bezirksrat Uwe



Boris-André Meyer und Uwe Schildbach von der Offenen Linken befragten 126 Aquella-Gäste.
Foto: Bernd Höllein

Schildbach: „Während ich vor der Sanierung mit meiner Familie für unter 15 Euro ins Bad kam, müssen wir jetzt 20,20 Euro bezahlen.“ Die vorgeschlagene Einführung eines

„Sozialtickets“ für Geringverdienende, kinderreiche Familien, Alleinerziehende oder Hartz IV-Empfänger fand ebenso durchweg Zustimmung bei den Befragten: Hierfür hät-

ten sich 96,8 Prozent entschieden. Das allgemeine Angebot im Aquella wurde mit einer Durchschnittsnote (nach dem Schulnotensystem) von 3,0 beurteilt. Eine entsprechende of-

fene Frage zeigte vor allem Kritik an zu niedriger Raumtemperatur im Bad und dem Fehlen eines Dampfbads. Gelobt wurde dagegen die Freundlichkeit der Mitarbeiter.

Weiterhin, so die Aktivisten, bestehe bis Ende Februar die Möglichkeit, die Aquella-Umfrage unter der Internet-Adresse www.offene-linken-ansbach.de zu beantworten. Anschließend sollen die Ergebnisse an Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Ansbacher Bus und Bäder GmbH weitergeleitet werden. Obwohl die Gesellschaft eine hundertprozentige Stadtochter ist, sei „die direkte Kontrolle dem Stadtrat weitgehend entzogen“, heißt es in der Mitteilung. Die Offene Linke appelliere deshalb an OB Carda Seidel „als Aufsichtsratsvorsitzende, Anregungen für eine attraktivere und sozial ausgewogenere Tarifgestaltung auf die Tagesordnung des zuständigen Gremiums zu setzen.“
(höl)